

Saale-Beitung.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenpreise aber dem Raum mit 30 Pfg., solche aber mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von unseren Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Bekanntmachung die Seite 75 Pfg. Geschäftsstellen: pöhlmann, Semmings und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braubachstraße 17; Neben-Geschäftsstelle: Markt 24. Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I; Telefon Nr. 590 u. 591.

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich bei postmässiger Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., auschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Am amtlichen Zeitungsbüro in Leipzig unter „Saale-Beitung“ eingetragen. Für unbenutzte eingetragene Nummern wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur mit Zustellungsgebühr „Saale-Beitung“ gestattet. Geschäftspreiser der Redaktion Nr. 1140; der Geschäftsstelle Nr. 1133 a. Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I; Telefon Nr. 590 u. 591.

Nr. 176. Halle a. S., Montag, den 13. April 1908.

Das Vereinsrecht der Frau.

Mit dem Inkrafttreten des neuen Reichsvereinsgesetzes vollzieht sich eine Verfestigung des Schwerpunktes in unserer öffentlichen Leben, dessen Bedeutung sich heute nur abzuzeichnen, nicht aber mathematisch berechnen läßt. Die erste Blutzucht ist der Frau in den Schöpfungen gefallen", sagte Hg. Müller-Meinungen. In der Tat verschwinden alle anderen Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes, selbst der Sprachenparagraf, hinter den Wirkungen, welche die Entseelung des politischen Willens der Frau auf das öffentliche Leben des deutschen Volkes notwendig ausüben muß. Bisher rangierte die Frau auf gleicher Stufe mit Schülern und Lehrlingen. Sie durfte an politischen Vereinen sich überhaupt nicht beteiligen und konnte höchstens durch die Gnade der Polizei den öffentlichen Vereinsversammlungen im „Segment“ beiwohnen. Jetzt fällt der Bindfaden, der die Frauen von den Männern trennte. Die Frau tritt aus dem Segment heraus als gleichberechtigte Genossin des Mannes in das politische Vereinsleben ein. Sie darf an den öffentlichen Versammlungen teilnehmen, applaudieren und zischen, so viel sie will; sie darf auch selbst das Wort ergreifen, ohne daß ihr die Polizei etwas daran zu reden hat. Die Frauen selbst können, so lange sie nur die Strafgeseze respektieren, so viel politische Vereine gründen, wie sie irgend wollen, und Versammlungen nach Belieben einberufen. In welchem Maße von diesem Vereinsrecht der Frau Gebrauch gemacht wird, das bleibt abzuwarten. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Politisierung der Frau nur allmählich erfolgt. Es dürfte zunächst die Großstädte sein, in denen sich ein weibliches Vereinsleben entwickelt. Aber die Struktur der modernen Gesellschaft dürfte schon dafür sorgen, daß das Vereinsrecht der Frau auch in den übrigen Teilen des Volkes nicht auf dem Papier stehen bleibt. So bald einmal die Frau durch den Zwang der Dinge in die Öffentlichkeit getrieben worden ist, wird sie auch das Bedürfnis haben, ihren politischen Willen in die Waagschale zu werfen. Die Gewerbeordnung mit ihren auf die Frauenerwerb betriebligen Paragrafen dürfte zunächst in Angriff genommen werden. Aber auch das bürgerliche Gesetzbuch mit Güterrecht, Ehe recht und allen sonstigen Abschnitten, in denen die Frau dem Manne gegenüber als zurückgelehrt erscheint, bietet sich vor selbst der Kritik der Frauen dar. Doch wird es schwerlich bei diesen Bestrebungen, die Rechtsgleichheit der Frau auf wirtschaftliche Gebiete durchzusetzen, sein Bemühen haben. Nicht minder wird jetzt mit ganz anderem Nachdruck als bisher die Forderung der politischen Gleichheit der Frau erhoben werden. Bisher galt es als ein Dogma, daß die Frau von den öffentlichen Wahlen ausgeschlossen sei. Die Wollen der Bewegung, die auch den Frauen das aktive und passive Wahlrecht verschaffen will, haben bisher kaum die deutschen Kisten bespült. Jetzt dürfen sie sich auch über das Deutsche Reich ergießen. Diese Entseelung der politischen Tätigkeit der Frau kann wie

alle Freiheit zum Segen oder zum Unheil führen. Es kommt darauf an, in welcher Richtung sie sich geltend macht. Insofern stehen hier die bürgerlichen Parteien vor einer schweren Aufgabe. Sie sollten rechtzeitig zusehen, daß die Frauenbewegung nicht von der Sozialdemokratie mit Befehl bezeugt, sondern für einen gesunden Fortschritt unseres politischen Lebens nutzbar gemacht wird.

Die Ermordung des Statthalters von Galizien.

Lemberg, 12. April. Der ruthenische Bezirksamtlandsitz Sigisjnst gab bei einer Audienz vier Revolvergeschosse auf den Statthalter Grafen Potodis ab. Potodis erlag seinen Verletzungen bald nach der Tat. Weiter wird aus Lemberg gemeldet: Statthalter Graf Potodis ist um 3 Uhr 15 Minuten gestorben. Der Täter, der verhaftet worden ist, ist ein ruthenischer Student namens Miroslaw Sigisjnst. Er ist Hörer der Philosophie im dritten Jahrgang an der Lemberger Universität. Er hatte sich wegen Erlangung einer Stellung zur Audienz gemeldet. Kurz nachdem er das Audienzzimmer betreten hatte, hörte man drei Revolvergeschosse. Die herbeieilenden Amtsdienere fanden den Statthalter tödlich verletzt vor. Er war am Kopfe, am Arm und Bein verwundet. Für kurze Zeit erlangte der Statthalter das Bewußtsein wieder und wurde mit den heiligen Sterbekrammen versehen. Der Mörder Potodis rief bei der Tat aus: „Das ist die Rache für die bei den letzten Wahlen den Ruthenen zugefügte Unbill.“ Beim Verhör erklärte er, er bereue die Tat nicht. „So soll es allen Feinden der Ruthenen ergehen!“ Im Vorzimmer rief er den ruthenischen Bauern zu: „Das Geschah für euch!“ Potodis hat, vor seinem Tod, dem Kaiser zu telegraphieren, daß er ihm stets ein treuer Diener gewesen sei. Bei seiner politischen Vernehmung erklärte Sigisjnst, daß er keine Mitschuldigen habe. Er hätte die Tat nicht aus persönlichen Feindschaften, sondern aus rein politischen Motiven in der Absicht begangen, den Statthalter aus dem Wege zu schaffen. Sigisjnst, der schon vor mehreren Jahren wegen Teilnahme an Ausschreitungen ruthenischer Studenten zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden war, galt in national-ruthenischen Kreisen als sehr eifriger Agitator. Bei einem zweiten Verhör gab Sigisjnst weiter an, er habe sich infolge der letzten galizischen Wahlen, insbesondere infolge der blutigen Vorfälle im Bezirke von Buzek, zu der Tat entschlossen, weil die schuldigen Organe nicht gestraft worden seien. Die Mutter des Mörders erklärte auf der Polizei, sie habe den Sohn zu der Tat angezettelt, was Sigisjnst in Abrede stellt. Es sei keine Verurteilung. Sigisjnst ist ein Schwager des ruthenischen Abgeordneten Wentz. Hier herrscht riesige Aufregung. Kolossale Menschenmengen bewegen sich vor der Statthalterei.

Deutsches Reich.

Schl. und Personalnachrichten. — Der Minister des Innern v. Nolcke ist mit Familie am Freitag abend nach Italien abgereist.

Wie Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg und Minister Selbstred zu ihren letzten Ordnungen kamen.

Die dem Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg und dem preussischen Handelsminister Selbstred verliehenen Auszeichnungen geben auf die Anregung des Reichstagspräsidenten zurück. Nach den entscheidenden Bestimmungen im Reichstagspräsidenten. Herr von Bülow an den Kaiser ein Telegramm, worin er die Annahme der beiden Blodgesetze meldete und für seine beiden Mitarbeiter, denen, nicht zum geringsten Teil die Annahme der Regierungsvorlagen zu verdanken gewesen, einen Beweis kaiserlicher Anerkennung erbat. Darauf folgten die bereits gemeldeten Ordensverleihungen.

Die Vergänglichkeits des Ministerbajens.

Von den preussischen Ressort-Ministern, die beim Beginn der eben abgelaufenen zwanzigsten Legislaturperiode des preussischen Landtags im Amt waren, findet sich, wie die „Nat.-Ztg.“ feststellt, an deren Ende nur noch einer, der Finanzminister Freiherr von Rheinbaben, auf seinem Posten. Alle übrigen sechs Ressortminister, die des Innern, des Kultus, der Justiz, der öffentlichen Arbeiten, für Handel und Gewerbe und der Landwirtschaft, haben im Laufe der Legislaturperiode den Chef gewechselt. Im Staab der Ministerien wird es etwas anders aussehen nach dem bekannten Wort: Die Minister kommen und gehen, die Geheimräte bleiben bestehen. Und wer weiß, wie lange Herr v. Rheinbaben noch seines Amtes walten wird. Vielleicht stolpert er, wenn der Herbst gekommen ist, über das Reichsfinanzreformwerk seines Kollegen Sydow.

Zu den Landtagswahlen.

Da in diesem Jahre zum ersten Male allgemein mit den Wahlen verbunden wird, die durch das Gesetz vom 28. Juni 1906 getroffen sind, erscheint es angebracht, die hauptsächlichsten Bestimmungen dieses Gesetzes noch einmal zur Kenntnis zu bringen:

- § 3 des Gesetzes befragt: In Gemeinden, deren Zivilbevölkerung nach der letzten Volkszählung mindestens 50 000 beträgt, findet die Abstimmung bei der Wahl der Wahlmänner in einer nach Anfangs- und Endtermin festzusetzenden Abstimmungsfrist (Prüfung) an Stelle der Abstimmung in gemeinschaftlicher Versammlung der Wähler zu bestimmter Stunde (Terminwahl) statt. Abteilungen, die 500 oder mehr Wähler zählen, können in Abstimmungsgruppen geteilt werden (§§ 19, 21 der Verordnung). Auf Antrag des Gemeindevorstandes kann der Minister des Innern anordnen, daß bei der Wahl der Wahlmänner die Abstimmung auch in Gemeinden mit 50 000 oder mehr Einwohnern in der Form der Terminwahl oder in Gemeinden mit geringerer Einwohnerzahl in der Form der Prüfung vorzunehmen ist.
- § 4. Der Minister des Innern kann anordnen, daß in Wahlbezirken, in welchen die Zahl der Wahlmänner 500 oder mehr

Feuilleton.

Das heutige Feuilleton enthält: Ein Charakterbild von David Jayne Hill. Unterhaltungsblatt. Die heutige Nummer unseres Unterhaltungsblattes hat folgenden Inhalt: In der Sommerfrische. Roman von Maria Hellmuth (Fortsetzung). — Wanderer der Frühling. Skizze von Max Tipp (München). — Bunte Zeitung: Eine Kritik von Richard Strauß über Amerika. Boshafte Kapellmeistererinnerungen. Eiserne Nerven. Literatur.

Ein Charakterbild von David Jayne Hill.

Unter dem Titel „Ein Amerikaner“ veröffentlicht der bekannte Schweizer Romanist Edouard Rod in „Figaro“ eine Charakterisierung des neuen amerikanischen Botschafters David Jayne Hill. Rod hat Hill vor etwa zehn Jahren bei einer Vortragstournee, die er in den Vereinigten Staaten unternahm, in Washington kennen gelernt und einige Tage unter seinem Dache gewohnt. „Er war damals Unterstaatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten und arbeitete mit Jan zusammen, der die auswärtige Politik der Vereinigten Staaten leitete und den ein frühiger Tod seinem Lande entrißen hat. Bis zu diesem Augenblick war ich kaum anderen als phänomenal reichen Amerikanern begegnet; Hills gesellschaftliches Haus, das ohne Luxus elegant und ohne besondere Prätentionen bequem war, fesselte mich auf den ersten Blick durch seine Einfachheit des guten Geschmacks. Nichts ließ hier die obligatorische Milliarde durchblicken; aber man atmete die Stimmung von Klugheit, Arbeit, Güte, Ausdauer und empfand jene Legend, die ich bei den besten unter den Amerikanern bewundert habe und die ich Solidarität nennen möchte. Ich weiß nicht, ob der Sinn dieses Wortes ganz klar ist; Hills bloße äußere Erscheinung würde genügen, ihn ganz zu präzisieren. Mit seiner etwas langsamen Sprechweise, der würdevollen Ruhe seiner Gesten und Bewegungen, der immer beherrschten Attitüde seiner geringlichen alltäglichen Handlungen, erweckte er den Eindruck eines vollkommenen Gleichgewichts. Man sagt, daß dies hierhafte Leben der Vereinigten Staaten die Neutralität entstehen läßt; er kamte augenscheinlich weder Neutralität noch Fieber und marschierte ohne Hast in ruhigem Schritt sehr wohl überlegten Zielen zu. Und ich dachte bei mir: „Allo gibt es doch in den hohen amerikanischen Kreisen einen unverfälschten Amerikaner, der kein Milliardär ist, und es auch nicht zu werden strebt, dessen „Wert“ nicht in Dollars auszubringen ist, so daß es unmöglich wäre, von ihm nach der landesüblichen Form zu sagen: er ist so und so viel „wert“, weil er im Gegenfall zu vielen anderen ganz augenscheinlich viel mehr „wert“ ist, als er heißt. Es gibt also einen, und ich habe das außerordentliche Glück, ihn aus nächster Nähe zu sehen, unter seinem Dach zu weilen, an seiner Tafel zu sitzen. Ehre, Ehre diesem letzten Vogel.“

Im Salon der Mrs. Hill erschienen damals fünf ausführenden Persönlichkeiten des Landes und der größte Teil der in Washington befindlichen Diplomaten. Am Morgen nach dem Tage seiner Ankunft führte Hill den Dichter beim Präsidenten McKinley ein, und der reife Schweizer konnte sich nicht genug wundern über die schöne Einfachheit der Sitten, die im Weißen Hause herrscht. In anderen Hauptstädten ist der Leiter des Staates unzugänglich, und um sich hohen Beamten zu nähern, bedarf es endloser Umwege. In Washington nichts dergleichen; man tritt beim Präsidenten ein wie in die Villa eines Freundes, man wartet nicht länger als bei einem Privatmann, der sich beeilt, den Fremden zu empfangen, man wird mit einer Herzlichkeit aufgenommen, die uns verlesen läßt, daß der Mann, der da vor seinem Arbeitstisch sitzt, in den Gemächern, in denen ein Adams, Lincoln und Garfield lebten, auf der Jahre eine Macht besitzt, die größer ist als die vieler Monarchen.

Nach diesem Besuche und bei anderen Wanderungen durch das so ganz von Volkstift beherrschte Washington schilderte Hill voll Klarheit seinem Gaste die Einrichtung und das Räderwerk der amerikanischen Regierungsmaschine. Rod nahm von seinen neuen Freunden Abschied mit der traurigen Aussicht, sie vielleicht niemals wieder zu sehen, denn für einen guten Europäer ist ja der Ocean noch immer ein mehr oder weniger schwer überlegbarer Graben. Aber drei oder vier Jahre später kam Hill als Gesandter nach der Schweiz und richtete sich in Genf, gar nicht weit von Rod, in derselben

bescheidenen und würdigen Weise ein, die sein Haus in Washington zu Schau getragen. „Von einem Erbsitz zum anderen verpflanzt, ganz andersartigen Gärten offenstehend, bewachte dennoch Hills häuslicher Herd denselben Charakter. Die Kinder waren größer geworden, ich sah den alten treuen Kammerdiener wieder, von dem auch derselbe Eindruck der Solidarität ausgeht, den ich zu beschreiben suchte. Die Hills verbrachten einen Sommer auf dem Lande und sie besuchten uns eines Sonntags mit einigen Freunden in dem Häuschen, das ich demohnte.“

Es war ein Volksfest; die kleinen Solpferde des Karussells dröhnten sich um den Platz zum Wang des alten Berner Marktes und der hauen Donau. Wir machten aus eine Kunde. „Semand fotografierte uns. „Man sollte Roosenvelt in ein Bild schicken“, sagte ich zu hin, „da wird er sehen, wogu seine benachteiligten Gelandten ihre Zeit verwenden.“ „Gewiß“, antwortete er mit seiner leisen Stimme und seiner feiner akzentuierten Sprechweise: „Roosenvelt wird sagen: D. Hill ist ein ausgezeichnete Diplomat, er läßt nichts ungetan in dem Wunsch, die Gemohnheiten und Sitten des Landes, in dem er sich befindet, kennen zu lernen.“ Seine Stellung in der Schweiz ließ Hill zu ausgedehnten wissenschaftlichen Arbeiten Zeit und er vollendete hier die zwei ersten Bände seines großen Werkes, an dem er seit langen Jahren arbeitete, der „Geschichte der europäischen Diplomatie“. Man erkennt in der Darstellung dieser wichtigen Arbeit, die die ganze Entwicklung der internationalen Politik seit dem Untergang des römischen Kaiserreichs umfassen soll, den philologischen Gelehrten, der, ohne sich in abstrakte Gedankensgänge zu verlieren, den tieferliegenden Gründen des Weltgeschehens nachgeht.

Hill ist ein „Intellektueller“, wie man es im Lande Emmerjens ist, wo man bei allem Interesse für spekulative Geistesarbeit doch niemals die tatsächlichen Dinge vernachlässigt. Wie viele in hohen Staatsstellungen befindliche Amerikaner hat er als „Präsident“ einer Universität seine Laufbahn begonnen, und bevor er sich der diplomatischen Geschichte zuwandte, ein philologisches Werk über die genetische Philosophie veröffentlicht, in dem mit letzter Kraft und Schärfe eine echt amerikanische Weltanschauung, das Ideal jenes Landes und seiner Rasse ausgedrückt ist.



betragt, die Wahl der Abgeordneten in Gruppen der Wahlmänner vorzunehmen ist, und dabei die Orte innerhalb des Wahlbezirks bestimmen, an denen örtlich getrennte Gruppen der Wahlmänner zu verzeichnen sind. An Stelle dieser Bestimmungen kann unter der gleichen Voraussetzung von dem Minister aus angeordnet werden, daß in dem Wahlbezirk die Abstimmung bei der Wahl der Abgeordneten in der Form der Erstwahl (§§ 27, 30 der Verordnung) stattfindet.

Eine fatale Lage.

Mit der Entengungsvorlage beschäftigt sich nachträglich in bemerkenswerter Weise die „Kirchliche Gegenwart“, Gemeindefalt für Hannover. Diese kirchliche Zeitschrift nimmt nämlich Anstoß daran, daß Hofprediger Dr. v. der und Generalkirchenrat Dr. v. der für die Entengungsvorlage getrimmt haben, und äußert es, wenn dadurch der Einbruch erwidert werde, als entsprechende für die Meinung und Überzeugung der evangelischen Kirche. Das Blatt macht dann in seinem Blatt u. a. folgende Ausführungen in bezug auf eine erfolgreichere Polenpolitik:

Nationale Strömungen macht man schmach, indem man ein Tropfen internationalen Geistes hineinträufelt. In Österreich waren vor 20 Jahren die Tschechen und Polen zu mächtig geworden. Sie bildeten geschlossene nationale Gemeinschaften, ein hartes Uebergegnist über die anderen Völkerschaften, eine feste Drohung für eine unparteiisch sein wollende Regierung. Allerdings hatte die Regierung die nationalen Ansprüche aus purer Angst vor der sozialen Bewegung zwei Jahrzehnte lang beiseite gelassen. Denn es herrschte die phillistische Vorstellung bis zur höchsten Kreise, ein Sozialdemokrat sei ein Mensch, der in der linken Hand eine geladene Bombe bekräftigt, in der rechten eine geladene Bombe bekräftigt. Man hatte mit der Aufspaltung nationaler Einflüsse eine Brutalität, eine gegenseitige Gefährdung geschaffen, gegen welche die Stimme der Vernunft völlig versagte. Und nun befehdete man, natürlich nur indirekt — die soziale Bewegung. Man ließ ihr in den Völkerschaften freien Spielraum. Man führte treue Wächterposten ein. Und siehe da, unter den Tschechen ist der reine Chauvinismus, die gefährliche Spielerei mit Selbständigkeitsgefühlen, fast ausgeblieben, unter den Polen auf eine Minorität reduziert. Warum geht man nicht ähnliche Wege in Preußen? Wären die Polen in nationale und internationale Polen geteilt, in tschechische und antitschechische, in solche, welche in der Vergangenheit schwärmen und solche, welche in der Zukunft nach neuen Zielen streben, in Sozialisten und Anti-Sozialisten, in solche, welche dem Winke des Profites folgen, und solche, die ihm prinzipiell nicht folgen — dann wäre die eigentliche Stoffkraft des Volkes gebrochen. Aber nun hat man die soziale Demokratie in Preußen verfehmt, man hat sie für unumtöndlich erklärt, man hat sich gegen alles Rote u. Engagiert, daß man nicht wieder zurück kam. Und mit Schwarz kam man da hinten auch nicht arbeiten. Eine fatale Lage.

Das Schicksal eines Marineoffiziers.

Der frühere Oberst Gade, welcher der ehrengeachtlichen Institution sehr zuneigt, wird veröffentlicht zu deren Charakteristik im „Berl. Tagebl.“ einen Fall, der, wenn die Darstellung in allen Punkten zutrifft, in der Tat das heimliche Verfahren der Ehrengerichte in einem höchst bedenklichen Lichte erscheinen und eine wirkliche Rechtsgründung durchaus verdienen läßt. Er gibt uns demnach den Fall des Schicksals eines Marineoffiziers, des Kapitän zur See A. D. Berger betreffend, folgende Schilderung:

Diesem Offizier ist in seiner letzten Dienststellung als Freigangskapitän von einem Vorbesitzer, dem Gade mit dem Buchstaben S. bezeichnet, über mitgeteilt worden. Berger sei infolge einer unvorsichtigen Äußerung eines Kameraden in einen unehrenhaften Verdacht geraten. Trotz erfolgter Klärung durch Eingekindnis eines Dritten, sich jetzt zu haben, habe S. die auf Bergers schriftlichen Bericht erforderliche Gegenklärung, daß die Erledigung in einer für Berger günstigen Weise erfolgt ist, nicht abgegeben und später in einem geheimen Qualifikationsbericht Berger neben Zuteilung der rein dienstlichen Fähigkeiten einen Charakter beigegeben, der das Ende von dessen Laufbahn herbeiführen mußte (ungefunden Ehregeiz, Selbstüberhebung, unrichtige, oft nicht offiziersmäßige Dienstauffassung, Ungeeignetheit für Vertrauensstellungen usw.) und Berger sei dann auch mit der Erlaubnis zum Tragen der Uniform verabschiedet worden. Zwei Wochen werden Bergers, die den Vorgetragenen unrichtige Behauptungen beifügten, seien ohne Erhebungen abgewiesen worden, obwohl ein Antrag, den er auf Grund ehrengeachtlichen Zeugnisses auf ehrengeachtliche Intervention gegen ihn selbst stellte. Dagegen habe man eine solche gegen ihn wegen Beleidigung eines Vorgesetzten eingeleitet, bei der die Zeugen so günstig für ihn ausfielen, daß der Ehrentat für geboten hielt, auch S. zu vernehmen. Aber der Kommandeur des Ehrengerichts lehnte dies ab, und ohne dem Besichtigten den von ihm angebotenen Wahrheitsbeweis zu ermöglichen, habe man ihn der Verletzung der Standesehre für schuldig erklärt, was für ihn den irrtümlichen Verlust der Uniform nach sich zog. Aus einer von Berger gegen S. erhobenen Beleidigungssache habe man keine Folge gegeben mit der Begründung, daß die Verdächtigungen von S. nicht wider besseres Wissen geschehen seien.

So der wesentliche Inhalt der Gade'schen Angaben, die eine Klarstellung erforderlich machen.

Vorstandssitzung des Deutschen Flottenvereins.

Aus Berlin, den 12. April, wird uns geschrieben: Im Hotel de Rome fand heute vormittag die mit lebhafter Spannung erwartete Vorstandssitzung des Deutschen Flottenvereins statt. Die Verhandlungen, die streng vertraulich unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt wurden, währten bis zum späten Abend und nahmen einen zum Teil unerwarteten Verlauf. Wie verlautet, dürfte es bei der gleichfalls zu erwartenden Ausnahmeverhandlungen und möglicherweise zu einer Spaltung des Vereins kommen. Die Krise im Deutschen Flottenverein begann bekanntlich im Herbst v. J. mit der Wahl der Generalmajors Reim zum geschäftsführenden Vorsitzenden. Die Frage, ob die Bayern, die in Berlin in der Regel den Saal verlassen, ausgeschlossen sind oder aber dem Verein noch angehören, führte in der heutigen Vorstandssitzung an erster Stelle zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen. Dann stritt man sich darüber, weshalb die heutige Vorstandssitzung überhaupt einberufen worden war, da sie mit dem Sinn und Wortlaut des Statuts nicht in Einklang zu bringen sei. Denn nachdem in

Kassel die große Mehrheit sich für das alte Präsidium entschieden hätte, wäre, so wurde von Vertretern der Majorität ausgeführt, der einfache Weg zur Beilegung der Krise bei der gemeinen, das alte Präsidium wiederzuwählen. Hierzu sei aber auszuscheiden die Danziger Hauptversammlung befugt und nicht die große Vorstandssitzung. Die von einer Seite gemachten Vor schläge in Bezug auf das neuabgewählte Präsidium wurden dann auch mit großer Mehrheit abgelehnt. Damit bleibt die Krise im Deutschen Flottenverein bis zur Danziger Hauptversammlung bestehen und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß es dort zur Trennung kommen wird.

Finanzielle Haftbarkeit für unberechtigte Streiks und Ausparierungen.

Eine bedeutsame Neuerung im Tarifwesen will nach der „Z. M.“ bei den gegenwärtigen Vertragsverhandlungen der Verband der Baugeschäfte durch einen Antrag einführen: die finanzielle Haftung der Arbeitgeber für die Organisation für unberechtigte Streiks und Ausparierungen. Nach dem Antrag des Verbandes der Baugeschäfte soll sich die Arbeitnehmer-Organisation verpflichten, den Schaden, der einem Arbeitgeber durch eine unberechtigte (dem Tarifvertrag zumwiderlaufende) Baupreiserhöhung zu entstehen. Andererseits würde sich dann auch die Arbeitgeber-Organisation verpflichten, diejenigen Arbeitnehmer schadlos zu halten, die unberechtigterweise von einem organisierten Arbeitgeber entlassen oder gemäßiget worden sind.

Preussischer Lehrerverein.

Zur 1. Vertreterversammlung des Preussischen Lehrervereins, die bekanntlich morgen in Berlin stattfindet, hat der Geschäftsführende Ausschuss einen Bericht über die Geschäftsjahre 1906 bis 1908 veröffentlicht. Derselbe gedent zunächst in dieser Zeit verstorbenen hervorragenden Vereinsmitglieder, unter denen der freisinnige Landtagsabgeordnete Lehrer Fr. W. v. d. K. ist, sowie die Vorstandsmitglieder des sächsischen Provinzialverbandes, des Westfälischen u. a. s. Magdeburger und Lehrer W. v. d. K. a. s. hervorgehoben werden. Die Zahl der Mitglieder des Preuss. Lehrervereins ist auch in den beiden letzten Jahren stetig gewachsen und betrug nach den neuesten Feststellungen (15. November 1907) 65.770. Im Gesamtverbande ist der sächsische Provinzialverband 5 Vorstandsmitglieder vertreten. In die Berichtszeit fiel als wichtiges Ereignis die Abhaltung des 4. Preuss. Lehrertages. Es wurden außerdem 2 Vorstandssitzungen abgehalten; dazu kommen die morgende Vertreterversammlung und eine weitere, ihr heute Abend vorangehende Vorstandssitzung. Der geschäftsführende Ausschuss hat 88 Gesamt- und 26 Kommissionsitzungen abgehalten. Eine Arbeit, die den geistigen, die den geistigen der Vereinigung stark in Anspruch nahm, war die Verringerung der Vereinsjahre, die in einer am 31. August und 1. September 1907 in Berlin stattgefundenen Vorstandssitzung endgültig beschlossen wurde. Die neuen Satzungen traten mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft. Das Hauptinteresse war daneben der Beibehaltung der Haftbarkeit, die im Geschäftsführenden Ausschuss ebenso wie den Beschlüssen der Lehrervereine und in der Vereinspresse einen ständigen Gegenstand der Besprechung bildete. Ihrer Förderung dienten auch verschiedene Audienzen, die bei dem Ministerialdirektor D. Schwarzkopff, dem früheren Kultusminister Dr. Studt, dem jetzigen Kultusminister Hofke und dem Finanzminister v. Reichenow stattfanden, besonders aber der am 18. Mai 1907 in Magdeburg tagende 4. Preuss. Lehrertag, dessen Beschlüsse in einer Sitzung mit eingehender Begründung dem Ministerium eingehend wurden. Als die Thronrede für die Landtagsession des verstorbenen Winters die Revision des Lehrerbefehlungsgehaltes vom 3. März 1897 antändigte, wurde für dieses Frühjahr ein 5. Preuss. Lehrertag in Aussicht genommen, mit dem eine Vertreterversammlung des Preuss. Lehrervereins verbunden werden sollte. Infolge der Zurücklegung der Gesellschaften betreffend die Beamten- und Lehrerbildung, mußte der 5. Preuss. Lehrertag bis zum nächsten Herbst oder Winter vertagt werden, während an der Abhaltung der Vertreterversammlung festgehalten wurde. Die Einbringung und Beratung des Antrags Trend veranlaßte den Geschäftsführenden Ausschuss, die Beschlüsse des 4. Preuss. Lehrertages dem Abgeordnetenhaus in einer Petition zu unterbreiten. Außer der allgemeinen Befehlungsfrage wurde auch diejenige der logen. Kirchschulver, mit deren Stelle ein Kirchenamt dauernd verbunden ist, zu fördern gesucht. Ferner wurden Schritte zu einer Verbesserung des Pensions- und Reklamenverhältnisse unternommen. Weiterhin wurde eine Petition an den Kultusminister um Neuregelung der Schulaufsicht gerichtet. Gewisse Vorgänge im Preuss. Lehrerverein veranlaßten eine besondere Erregung in weiten Kreisen der Lehrerschaft und führten zur Gründung eines Klassenlehrervereins, der sich die Vertretung der Sonderinteressen der Volksschullehrer gegenüber der Regierung zum Ziel gesetzt hat. Die Frage der Schulaufsicht und Schulleitung wird infolgedessen auf der morgenden Vertreterversammlung ebenfalls zur Sprache kommen. An sonstigen Vereinsangelegenheiten verdient noch Erwähnung, daß das Postdenkmal noch in diesem Jahre (bis zum 30. Juni) fertiggestellt werden wird. Der Entwurf stammt von dem Prof. v. a. n. e. u. s. h. und seine Ausführung wird etwas über 25.000 Mk. kosten. Der dem Geschäftsführenden Ausschuss überreichte weilt für das Jahr 1906 eine Einnahme von 33.221,23 Mk., eine Ausgabe von 30.323,34 Mk. und einen Bestand von 2.897,89 Mk. auf; für das Jahr 1907 lauten die entsprechenden Ziffern: 39.342,69 Mk. bzw. 38.639,91 Mk. bzw. 5702,78 Mk. Der Bericht schließt mit dem Wunsch, daß der Preuss. Lehrerverein auch weiterhin einig, kraftvoll und erfolgreich für die Lösung aller wichtigen die Lehrerschaft bewegenden Fragen eintreten möge.

Für die Einführung der Mädchenfortbildungsschule

sprach sich der sächsische Kultusminister in der zweiten Kammer aus. Zwar heißt schon das sächsische Volksschulgesetz von 1873 für die Mädchen aus einfachen Volksschulen die Errichtung von Fortbildungsschulen mit der Verpflichtung zu zweijährigem Besuch zu; von diesem Rechte ist aber bisher nur sehr selten Gebrauch gemacht worden. Nur eine sächsische Großstadt (Plauen) hat seit Jahrzehnten die Fortbildungsschule für Mädchen; in einigen wenigen kleinen und Mittelsstädten sind erst beschriebene Ansätze vorhanden. Im Jahre 1904 wurden neuer 86.000 Fortbildungsschülerinnen unter 2400 Schülerinnen von Mädchenfortbildungsschulen eingeschult. Hoffentlich hilft hier das Ministerium Wunsch, daß sich die Gemeinden mehr als bisher zur Einführung des vorgangsweisen Fortbildungsunterrichtes für Mädchen verstehen möchten, ein wenig nach. Ohne einen letzten Druck von

seiten des Staates wird es aber auf die Dauer kaum abgehen.

Das wertlose Kompromiß.

Das „Chemischer Tageblatt“ erklärt das in dem neuen Abgeordnetenbestehenden Sonderauswahlgewählung gefundene Kompromiß in der sächsischen Wahlrechtfrage für wertlos, da es die Regierung mit Entschiedenheit ablehnen werde. Die sächsische Regierung scheine nicht vor dem dem Minister des Innern wiederholt festgelegten Standpunkte, daß ein Parlamentarismus die weber eine Garantie gegen eine Überflutung der Kammer durch radikale Elemente, noch gegen große Unzufriedenheit diene.

Schule.

Berlin, 11. April. Der Magistrat hat beschlossen, für das nächste Jahr 10. April und Fortbildungsschulen einen Direktor mit einem Gehalt von 10.000 Mark anzustellen, und zwar zunächst auf zwei Jahre und nach dieser Probezeit auf Lebenszeit.

Aus Schöffen, 11. April. Zu recht bedenklichen Mitteln greift man im Kultusministerium, um sich die unmissige Kritik der Lehrer fernzuhalten. Wiederholt sind Lehrer in Schloffen streng diszipliniert worden, die sich ihr staatsbürgerliches Recht der Kritik an unzulänglichen Einrichtungen oder Maßnahmen der Regierung nicht nehmen lassen wollten. Wie die „Badaug. Ztg.“ mittelt, hat zwei oberste sächsische Lehrer wegen mißliebiger Zeitungsartikel furchend des Amtes entsetzt worden. Gläubt das Ministerium des Geistes wirklich, daß es mit dieser draconischen Strafe jede Kritik aufhalten könne?

Allgemeine Mitteilungen.

Der „Nord. Allg. Ztg.“ zufolge benutzte der Reichsanwalt Herr Witte den einflussreichen Aufenthalt in München dazu, um mit dem bayerischen Ministerpräsidenten einen Spaglerang durch die Stadt zu machen. Nach herzlicher Begrüßung setzte Witte die Reise fort.

Die Einführung der künftigen Polizei im reichsweit-sächsischen Industriegebiet, die am 1. Juli erfolgen sollte, ist auf den 1. April 1909 verschoben worden.

Der Panzerkreuzer „Blücher“ ist Sonnabend vormittag in Kiel vom Stapel gelaufen.

Der deutsch-akademische Freisinn, eine Vereinigung zur Verbreitung liberaler Gesinnung unter den Studierenden, wird vom 23.-25. April in Frankfurt a. M. seine jährliche Tagung abhalten. Neben internen Beratungen soll am 23. April ein Begrüßungsabend und am 24. April eine große öffentliche Volksversammlung stattfinden, in der Herr Landtagsabgeordneter Prof. Dr. Günther aus München über „Was bedeutet die akademische Freiheit?“ und Herr Farrer Kroll über „Student und Politik“ sprechen werden. Alle freisinnigen Geistesmenschen, insbesondere die liberal und demokratisch denkenden Akademiker, sind herzlich eingeladen. Zu jeder weiteren Auskunft ist der Lokalvorsitz (Frankfurt a. M., Hochstraße 6, II) gern bereit.

Einem Berichte des Verbandes der Soloturner im Deutschen Reich, der sich über die Jahre 1904-1908 erstreckt, entnehmen wir die interessante Tatsache, daß das Soloturnen in Deutschland einen nicht unwesentlichen Rückgang zu verzeichnen hat, dagegen im Westen Deutschlands in sehr starker Weise zunimmt. Seit dem Jahre 1904 hat sich die Zahl der Soloturner im Deutschen Reich von 90 auf 164 vermehrt.

Ausland.

Karikaturen Pariser Künstler.

Aus Paris meldet ein Privattelegramm: Auf behördliche Anordnung wurde aus dem Salon der nationalen Künstlergesellschaft, der heute im Großen Kunstpalast von dem Präsidenten der Republik eröffnet wird, ein von dem Karikaturzeichner Weber gemaltes Bild entfernt, das Kaiser Wilhelm beim Taunusstrecken darstellte. Ferner wurden ein Bild von Kennes, der Prozess von Kennes, mit Eberhazy und Henry als Gelpenterrichtungen, sowie die von den Nationalisten, dem General Werder gewidmete goldene Denkmünze entfernt, weil man befürchtete, daß die beanspruchten Werte zu Rumbungen Anlaß geben könnten.

Ein Anschlag auf ein staatliches Pulvermagazin.

Aus Nagau an der balkanischen Küste, die jedoch die deutsche Kaiserflotte passierte, wird der „Deutsche Courant“ vom 11. April gemeldet: In der vergangenen Nacht wurde auf das Pulvermagazin auf der Halbinsel Lepad ein verwegener Anschlag verübt. Der namentlich in militärischen Kreisen große Aufregung hervorrief. Man vermutet, daß die Attentäter italienische Parawandeln sind. Der bei dem erwähnten Pulvermagazin patrouillierende Posten hörte gegen 1/2 Uhr morgens ein verdächtiges Geräusch, das aus der Richtung des Pulverturmes kam. Als sich der Posten zum Turm begab, um nach der Ursache des Geräusches Anschlag zu halten, wurden in rascher Folge drei Schüsse auf ihn abgegeben. Da es stockfinster war, so gab der Posten in der Richtung, aus der die Schüsse auf ihn abgefeuert wurden, 8 Schüsse ab. Beim Aufblitzen der Schüsse bemerkte der Posten, wie mehrere Männer in den Wald flüchteten. Der Posten fand die Tür des Pulverturmes erschossen vor. Er verständigte sofort telephonisch das Postenkommando, doch war in der Folgezeit die Schutzdetonationen hin schon die Mannschaft alarmiert und eine Militärabteilung eilte im Laufschritt herbei und durchsuchte die Umgebung, ohne aber von den Attentätern eine Spur zu finden. Die Befehle, die eine strenge Untersuchung eingeleitet haben, nehmen an, daß es einige der auf Lepad wohnhaften Italiener waren, die sich in den Besitz von Schießpulver setzen wollten. Es wurde eine stärkere Bewachung des Pulverturmes und dessen Umgebung angeordnet.

Erster Vertretertag der Nationalliberalen Jugendvereine Deutschlands.

S. u. H. Kassel, 12. April. (Telegraph. Bericht.)

Unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung von Delegierten der preussischen Nationalliberalen Jugendvereine aus allen Teilen der Monarchie trat heute im Besaale des „Palais-Restaurant“ der preussische Teil der nationalliberalen Jugendvereine zusammen.

